



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

4. Ratssitzung vom 3. Juni 2026

172. 2025/401

Postulat von Samuel Balsiger (SVP), Derek Richter (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) vom 10.09.2025:

Computer, Tablets und Laptops, Verzicht auf eine Ausmusterung der noch einsatzfähigen Geräte

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Michele Romagnolo (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5068/2025): Auf mehrere Anfragen schrieb der Stadtrat, dass rund 12 200 Laptops innert fünf Jahren ausgemustert werden. Gleichzeitig heisst es, dass zwischen 80 und 95 Prozent dieser Geräte grundsätzlich noch funktionieren. Wir ersetzen also jedes Jahr Tausende funktionierende Laptops und Tablets. Nicht, weil sie kaputt wären, sondern wegen ihres Alters. Die Begründung lautet, sie hätten keine Garantie mehr oder Updates seien nur noch beschränkt möglich. Ich frage mich, weshalb sich der Stadtrat das erlaubt. Es ist kein kleines Problem. Es wirkt wie eine Verschwendung unserer Steuergelder. Wir alle bezahlen für diesen ideologischen oder politischen Irrsinn. Stattdessen sollte man gesunden Menschenverstand und die Vernunft walten lassen. Man könnte das anders lösen, indem man es intern je nach Bedürfnis wartet, repariert oder differenziert wiederverwendet. Leute hat es genug in der Stadtverwaltung. In der Privatwirtschaft ist das längst Standard. Unternehmen nutzen ihre Geräte so lange wie möglich. Jede Investition muss abgewogen und sorgfältig durchdacht werden. Deshalb muss man sich fragen, weshalb die Stadt funktionierende Geräte ausmistet. Angesichts der knappen Finanzen ist es nicht vertretbar, dass Geräte, von denen bis zu 95 Prozent noch funktionstüchtig sind, ausgemistet werden. Wir fordern, dass funktionstüchtige Geräte grundsätzlich wiederverwendet werden. Ersetzt werden sollen sie nur dort, wo es wirklich nötig ist.

Dr. Mathias Egloff (SP) begründet den von Ivo Bieri (SP) namens der SP-Fraktion am 24. September 2025 gestellten Ablehnungsantrag: Es handelt sich um ein Rachepostulat zum vorherigen. Weshalb man als SVP-Experte ins Life-Cycle-Management von Computern der Verwaltung eingreifen soll, ist mir schleierhaft. Es bestünden richtig grosse Probleme, wenn man so wie vorgeschlagen vorgehe. Die Tatsache, dass jetzt so viele Computer am Lebensende sind, hängt sicher mit dem Ende von Windows 10 zusammen. Es gibt keine Updates mehr, was bedeutet, dass die Geräte verletzlich sind. In einer grossen Organisation mit so vielen Geräten ist das ein sicheres Ticket für einen Sicherheitsvorfall.



Wenn eure SVP-Experten dafür die Verantwortung übernehmen, dann Gnade uns Gott.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Schmid (AL): *Ich bemühe mich, ein bisschen Gehalt in diese Debatte zu bringen. Ich finde es für einmal einen sinnvollen Vorstoss der SVP. Es ist so, dass es bei grösseren Unternehmungen wie auch öffentlichen Verwaltungen Usus ist, dass Geräte ihre Lebenszyklen haben und nach drei bis fünf Jahren ersetzt werden. Das hatte vielleicht einmal seine Berechtigung, als es tatsächlich erforderlich war, neue Geräte anzuschaffen. Heutzutage können die Geräte, wenn man die Leistung anschaut, für 90 Prozent der Jobprofile problemlos zehn Jahre genutzt werden. Es ist vielleicht gar nicht so ein finanzieller Wahnsinn. Wenn man die Lebenszyklen verlängert, werden in einer Organisation zwei oder drei verschiedene Geräte benutzt. Das ist mit einem höheren Wartungsaufwand verbunden. Es macht aber einen ökologischen Unterschied. Die Geräte herzustellen, ist nach wie vor ressourcenintensiv. Deshalb sollten sie so lange wie möglich genutzt werden. Die Aussage, dass sie nach der Ausmusterung weiter genutzt werden, ist nur ein Teil der Wahrheit. Denn solange trotzdem immer in grosser Menge neue Geräte produziert werden, ist der ökologische Nutzen davon beschränkt. Ich möchte anregen, dass man bei der Stadt Zürich eine Vorreiterrolle übernimmt und auch die Mehrkosten trägt, die wahrscheinlich kommen. Dem Bashing, dass die Stadt verschwenderischer als die Privatindustrie sei, kann ich mich nicht anschliessen. Gerade in der Privatwirtschaft machte ich die Erfahrung, dass die Erneuerungszyklen noch viel kürzer sind.*

Martina Zürcher (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag: *Wir möchten «noch zu 80 bis 95 Prozent» streichen und nach «nicht ausgemustert werden» möchten wir «falls der Support noch gewährleistet werden kann» einsetzen. Wenn Geräte nicht mehr supportet werden können, bringt alles nichts. Mit der Textänderung stimmt die FDP-Fraktion zu.*

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen; wie die heutige Praxis, dass Computer, Tablets und Laptops, die in der Verwaltung und den Dienstabteilungen grundsätzlich noch zu 80 bis 95 Prozent weiter einsatzfähig sind, nicht ausgemustert werden, falls der Support noch gewährleistet werden kann.

Von der neuen Regelung sollen die Geräte von spezialisierten Arbeitskräften ausgeschlossen sein, die zur Erfüllung ihrer Leistungen zwingend neue Geräte benötigen.

Patrick Stählin (GLP): *Die GLP stimmt dem Postulat zu, wie wir bereits das ähnliche Postulat GR Nr. 2025/357 unterstützt haben. Wir unterstützen das Postulat aber nicht aus den Gründen, die der SVP-Sprecher erwähnte, sondern weil bei der Herstellung viel CO₂ investiert wird. Es erstaunt uns, dass die SP bei Postulat GR Nr. 2025/357 auf Sicherheitslücken hinwies, jetzt aber den Weiterbetrieb dieser angeblich unsicheren Hard- und Software fordert. Das Problem ist, dass die Stadt mehrheitlich auf proprietäre Betriebssysteme setzt. Deshalb ist es wohl nicht ganz einfach, die Geräte auf der Verwaltung weiterzubetreiben. Aber das zu prüfen, ist es uns Wert.*

Selina Walgis (Grüne): *Den Grünen ist es wichtig, dass mit Ressourcen bedacht umge-*



gangen wird. Wir setzen uns für die Kreislaufwirtschaft ein. Deshalb ist es nicht überraschend, dass wir dem Postulat zustimmen, obwohl es von der SVP kommt. Es handelt sich um einen Prüfauftrag. Bei dieser Frage müssen natürlich verschiedene Punkte abgewogen werden. Die Nachhaltigkeit ist uns sehr wichtig, aber die Mitarbeitenden müssen auch arbeiten können. Ich denke, dass man einen guten Mittelweg finden wird.

Samuel Balsiger (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden: Wir fragen uns, was das für eine Aussage von den Grünen ist, dass man das Postulat annehme, obwohl es von der SVP komme. Das zeigt, dass den Grünen Sachpolitik egal ist. Das zeigte sich auch im Votum der SP. Ihr wollt den Leuten die Kreislaufwirtschaft und einen schonenden Umgang mit Ressourcen aufzwingen. Aber wenn es um einen selbst geht, weil viele Leute von der SP in der Verwaltung sitzen, ist der ressourcenschonende Umgang plötzlich nicht mehr so wichtig. Man sollte sich einmal anschauen, wie diese Geräte in China hergestellt werden und welche Umweltverschmutzung stattfindet. In der Antwort auf die Schriftliche Anfrage GR Nr. 2021/515 zeigte der Stadtrat, wie viele Geräte ausgemustert werden. In den Quartieren werden Plakate aufgehängt, dass man seinen alten, schmutzigen Toaster reparieren lassen soll. Aber bei der eigenen Verwaltung werden Tausende Geräte ausgemustert, an Broker verkauft und nach Afrika transportiert. Das ist unglaublich. Die gute Textänderung der FDP nehmen wir an, weil wir auf die Sache schauen.

Dr. Mathias Egloff (SP): Das Life-Cycle-Management von Computern ist eine halbe Wissenschaft. Es gibt «best practices», aber die Firma, die damit Geld verdient, heisst Microsoft. Das Lebensende von Windows 10, wobei es sich um einen reinen Marketingentscheid von Microsoft handelt, macht diese Geräte obsolet und nicht irgendeine Hardware. Der Beweis dafür ist, dass sie anschliessend einen «Extended-Support-Vertrag» verkaufen, damit man die Geräte trotzdem weiternutzen kann. Solche Verträge verkaufen sie nur grossen Organisationen und Firmen, nicht Privatpersonen. Wenn man die Geräte in den Privatbereich weitergibt, sind die Problematiken anders gelagert und man kann es eher verantworten, als wenn man im Verwaltungskontext unsichere Maschinen verwendet. Hier werden bestehende Löcher sofort ausgenutzt. Wir lehnen das Postulat ab.

Benedikt Gerth (Die Mitte): Summa summarum finden wir, man kann das unterstützen. Dr. Mathias Egloff (SP) hat den komplexen Sachverhalt ausformuliert. Die Die Mitte findet, dass die Stadtverwaltung das Anliegen prüfen kann, insbesondere mit der Textänderung der FDP. Wir erwarten realistischerweise keine Einsparung im Millionenbereich.

Samuel Balsiger (SVP): Im ersten Votum sagte der Sprecher der SP nur, der Vorstoss komme von der SVP und sei deshalb schlecht. Man ging sogar soweit, Gott anzurufen, weil es so schlimm ist, dass die SVP einen Vorstoss einreicht, der ressourcenschonend mit Geräten umgehen will. Das ist total absurd. Erst als seine Glaubwürdigkeit infrage gestellt wurde, versuchte er zu erklären, dass Windows 10 der Grund für die Ablehnung des SVP-Postulats sei. Windows 10 wurde im Jahr 2015 eingeführt. Der Support lief bis im Oktober 2025. Es werden aber bereits seit vielen Jahren Geräte ausgemustert, die rund fünf Jahre alt sind. Wenn man die Zahlen in der Antwort des Stadtrats anschaut, kann es



nicht Windows 10 sein. Es handelt sich um einen Unwillen der Verwaltung, mit Steuergeldern anständig umzugehen. Wenn es das Geld auf dem Privatkonto von STR Daniel Leupi wäre, würde er niemals Tausende Geräte wegwerfen und neue kaufen. Das ist ein liederlicher Umgang mit Steuergeldern. Wir wollen nicht Millionen einsparen. Wir möchten den Staat zwingen, dass er gleich handelt, wie wenn es sein eigenes Geld wäre. Die Wohnung, die STR Daniel Leupi vermietet, kostet auch 5000 Franken. Er macht keinen Spezialpreis dafür. Auf dem Wohnungsmarkt ist er also ein böser Immobilienhai. Aber beim Staat kann man schludrig mit Geld umgehen, weil es andere erarbeiten mussten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Samuel Balsiger (SVP) erzählte im Schlussvotum ein paar Unwahrheiten. Im vorherigen Teil bewies er einmal mehr, dass er mit Unterstellungen um sich wirft, die nicht stimmen. Stichwort Unwillen: Das Postulat rennt mehr als offene Türen ein. Ich bin mit Organisation und Informatik (OIZ) seit Jahren an diesem Thema dran. Die Nutzungsdauer einzelner Geräte wurde längst erhöht. Aber das passt nicht ins Weltbild von Samuel Balsiger (SVP). Dort hat nur Platz, was in seine Ideologie passt. Dr. Mathias Egloff (SP) sagte zurecht, dass es ein vielschichtiges Thema ist. Die Sicherheitsvorgaben oder das Einstellen von Garantieleistungen sind nicht zu unterschätzen. Der Gemeinderat bewilligte Mittel, um das Sicherheitszentrum, das die OIZ unterhält, gut einzustellen. Die Stadt Zürich wird permanent attackiert. Wir setzen Millionen ein, um das abzuwehren. Wenn wir Geräte im Einsatz haben, die sicherheitsmässig nicht mehr unterhalten sind, ist das ein Problem. Trotzdem gibt es Spielräume. Gerade jüngst beschlossen wir, den Erneuerungszyklus an einem Ort zu verlängern. Was überhaupt nicht diskutiert wurde, sind die Betriebskosten. Ich liess es mir von der OIZ darlegen. Die Anzahl Rückmeldung steigt, je länger ein Gerät im Einsatz ist. Es gilt, eine optimale Balance zwischen den Kosten, der Installation der Geräte und den Unterhaltskosten zu finden. Diese Gratwanderung muss die OIZ immer wieder machen. Das läuft auch sehr kostenbewusst ab. Die OIZ ist eine Dienstabteilung, die sich sehr genau überlegt, wie sie die Mittel einsetzt. Die Diskussionen darüber, wie lange man Geräte einsetzen und sich unter vermehrtem Einsatz von Open-Source unabhängiger von Garantieleistungen machen kann, laufen. Daher nehmen wir das Postulat entgegen, aber es wird nichts Neues anstossen.*

Das geänderte Postulat wird mit 75 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat